

2019 geht die Republik Österreich in ihr zweites Jahrhundert. Die FURCHE befragte Bürger und prominente Persönlichkeiten zu ihren Wünschen und Erwartungen an die Republik für die kommenden 100 Jahre.

Wohin des Weges?

Von Katja Heine und Tobias Kurakin

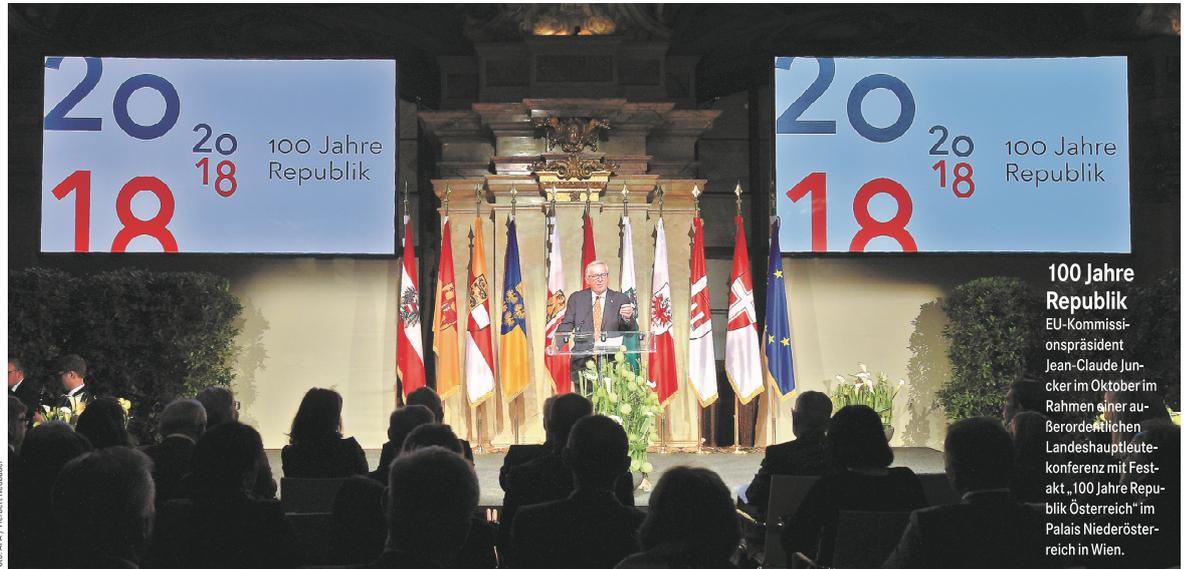
Im November gedachte die Republik Österreich des 100. Jahrestages ihrer Gründung. Waren die ersten 100 Jahre geprägt von politischen Turbulenzen, Krieg – und folgendem Wiederaufbau, soziokulturellem Umschwung und ansteigendem Wohlstand – ist es nun an Zeit, sich Gedanken über die nächsten 100 Jahre zu machen. Wohin soll es für Österreich und seine Bewohner und Bewohnerinnen gehen? Was wünscht man der Republik für ihre Zukunft und weitere Geschichte?

Seit etwas mehr als einem Jahr ist Sebastian Kurz Bundeskanzler der Republik Österreich. Mit gerade einmal 32 Jahren bekleidet er eines der höchsten Ämter im Staatsapparat und ist somit der jüngste Regierungschef Europas. Als dieser hat Kurz großen Einfluss auf die Gestaltung unseres Landes und so hat der gebürtige Wiener ganz klare Wünsche für die Zukunft. „Friede, Freiheit und Sicherheit“, sollen in den nächsten 100 Jahren fixer Bestandteil in Österreich sein, so der ÖVP-Politiker. Des Weiteren wünscht sich der Bundeskanzler „ein starkes soziales Netz, das jeden auffängt, der es benötigt“. Den Wunsch nach Frieden hegen auch andere politische Amtsträger. Kurz' Regierungspartner, in Person von FPVizekanzler und Sportminister Heinz-Christian Strache, hat die gleichen Vorstellungen für die Gestaltung Österreichs. Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig will die „friedliche Entwicklung“ beibehalten. Das unterstützend soll das „Gemeinsame in den Vordergrund“ gerückt und zusammengearbeitet werden, meint der SPÖ-Politiker und verweist dabei auf die Notwendigkeit der Sozialpartnerschaft. Alt-Bundespräsident Heinz Fischer schließt sich dem an, das drittgrößte Land der Welt solle weiterhin von Krawallen und heftigen Konflikten verschont bleiben. Zudem sollten „Pluralismus und Toleranz“ die Geschichte bis 2118 bestimmen.

Geht es nach dem 21-jährigen Werksarbeiter Manuel F., ist die Zeit für Wünsche vorbei. „In 100 Jahren wird es die Republik Österreich in der Art und Weise, wie wir sie kennen, nicht mehr geben. Durch den derzeitigen Verlauf des Klimawandels wird Europa ein im wahrsten Sinne des Wortes heiß begehrter Lieferant für Nahrung und Wasser werden. Österreich wird seinen Status als wirtschaftsstarkes Land verloren haben. In 100 Jahren sehe ich Österreich nur mehr als Rohstoff- und Wasserspeicher Europas. Deswegen befürchte ich einen erbitterten Kampf um das Land und seine Schätze.“

Soziale Wärme – kühles Klima

Jugendliche haben den Ernst der Lage im Kampf gegen den Klimawandel erkannt. Der 22-jährige Geschichte-Student Michael G. wünscht sich „eine verantwortungsvolle und wohlüberlegte Klima- und Sozialpolitik“, um die Erderwärmung mit ihren drastischen Folgen noch zu stoppen. „Der individuelle Verkehr soll sich auf das nötigste Minimum beschränken und vermehrt durch



100 Jahre Republik

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Oktober im Rahmen einer außerordentlichen Landeshauptleuterkonferenz mit Festakt „100 Jahre Republik Österreich“ im Palais Niederösterreich in Wien.

„Pluralismus und Toleranz“ sollten die Republik Österreich im kommenden Jahrhundert bestimmen, wünscht sich Bundespräsident a. D. Heinz Fischer. “

flächendeckenden öffentlichen Verkehr ersetzt werden. Sozialpolitisch ist ein bedingungsloses Grundeinkommen in den nächsten 100 Jahren dringendst einzuführen und es sind Maßnahmen gegen die Bekämpfung von Kinderarmut zu setzen.“

Die vergangenen 100 Jahre waren nicht nur von politischen und sozialen Wechsels geprägt. Auch die Technisierung hat eine rasante Entwicklung genommen und ist auf einem nie dagewesenen

mehr Acht gegeben werden und Bürger und Bürgerinnen sollten sich nicht abhängig vom kleinen Kasterl in der Hose machen. Auch wenn die neue Technologie durchaus ihren Vorteil hat, sollte man dabei nicht auf das eigene Gehirn vergessen.“

„Für die nächsten 100 Jahre?“, fragt Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister verwundert. „Meiner Denkweise entspricht eher ‚der Weg ist das Ziel‘ und der Weg entsteht im Gehen. In diesem Sinne wünsche ich mir einen Weg, auf dem in unserem Land soziale und ökologische Nachhaltigkeit einen höheren Stellenwert bekommen. Wir müssen den Sozialstaat stärken und viel konsequenter etwas zur Verbesserung der Umwelt tun. Wenn der Weg in diese Richtung führte, dann würde dieses Land in hundert Jahren noch lebenswerter sein.“

Sprache der Gemeinschaft

Der 31-jährige Grazer Stadtrat für Gesundheit und Pflege, Robert Krotzer, blickt zurück, um nach vorne zu sehen. „Der Ersten Republik wurde ihr demokratischer und sozialer Inhalt von oben herab

entzogen, bis sie schließlich ausgelöscht wurde. Der Zweiten Republik wünsche ich, dass sie kein ähnliches Schicksal erleidet. Die Republik darf kein Werkzeug finanzstarker Lobbys sein, sondern muss im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung soziale Sicherheit und demokratische Mitsprache stärken.“ Auch der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn spricht sich für Zusammenhalt aus. So hofft der 73-Jährige auf „einen starken Gemeinschaftsgeist“.

Für Johann Peter M., letzter Berghauptmann von Tirol und Vorarlberg, besteht die Republik aus der Bevölkerung selbst. So wünscht er sich, dass seine „Enkel und Urenkel weiterhin, so wie wir die letzten 70 Jahre, in Frieden leben können und weniger die materiellen, sondern mehr die ideellen Werte schätzen.“ Zudem hofft der 78-Jährige, dass „wieder mehr Toleranz besteht, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Es soll mehr Miteinander als Gegeneinander geben und keine Ideologien, die vehement vertreten werden und zur Zerstörung unseres sozialen Gefüges führen würden. Wir müssen aufpassen,

dass die sozialen Errungenschaften, die von unseren Vorfahren mit Blut, Leben und Gefängnis erkämpft wurden, nicht den Bach hinuntergehen. Das Recht auf entsprechende Arbeitsbedingungen, angemessene Entlohnung und Urlaubsanspruch.“ Ähnlich sieht es der Ö1-Moderator Johannes Kaup. Nach seiner Meinung müssen die „Bürgerinnen und Bürger begreifen, wer der Souverän des Staates ist: nämlich sie selbst“. Geht es nach dem 53-Jährigen, ist das Heil in der europäischen Gemeinschaft zu finden. „Tu felix Austria nube Europa! Die österreichische Republik möge sich freiwillig, mutig und ohne Angst mit Europa verheiraten, auf dass seine Menschen, Dörfer, Städte und Regionen erblühen, der Nationalstaat sich aber schrittweise zum österreichischen Kulturraum verwandelt, um letztlich in einer europäischen Republik neu fruchtbar zu werden.“

Menschlichkeit bewahren

Brita Wilfling von Amnesty International wünscht sich „ein Österreich, in dem alle Menschen respektvoll und achtsam miteinander umgehen und wo jede und jeder Einzelne – unabhängig davon, wer er oder sie ist und wie er oder sie sein oder ihr Leben leben – die gleichen Rechte und Zukunftschancen hat und gemeinsam mit anderen am sozialen Leben teilhaben kann.“ Mit Argusaugen betrachtet die Geschäftsführerin der Non-Profit-Organisation derzeitige Entwicklungen in unserem Land. „Aktuell entfernen wir uns davon, dass diese Vision in Österreich Realität wird. Ein Grund dafür ist ein ‚Wir-gegen-die-Andere‘ sowohl in der Politik als auch im öffentlichen Diskurs. Daher ist es so wichtig, dass wir zusammenstehen und uns gemeinsam für die Einhaltung der Menschenrechte von allen Menschen in Österreich einsetzen.“

Wünsche sind Worte, die durch Taten Realität werden können. So sind nun wir gefragt, diese und unsere eigenen Vorstellungen für die Zukunft wahr werden zu lassen. Auf ein gutes neues Jahr(hundert)!

KLARTEXT

Von Manfred Prisching

Es ist ein Sonderbares um die Kirche

Wir wissen, dass die katholische Kirche seinerzeit aus der Welt gefallen war und das Zweite Vatikanum sie wieder ein Stück in die Welt verfrachtet hat, ohnehin mit Behutsamkeit. Seitdem hat die Reform der Kirche in den unteren Etagen stattgefunden, wo Priesterschaft und Kirchenvolk neue Arrangements gefunden haben, die „da oben“ längst noch nicht angekommen sind. Missgriffe beim Personal – da half auch nicht immer der Beistand des Heiligen Geistes. Pädophilie als System. Nicht sinnvoller rechtfertigbare Unzeitgemäßheit – über Frauen, Zölibat etc. muss man eigentlich gar nicht mehr reden.

Nun also das nächste Kapitel in Kärnten. Das „Fußvolk“ gönnt längst den Priestern ihre Freundinnen, hegt aber gewisse Bedenken auf der Bischofsebene. Dann kommen Ungeschick und Misswirtschaft hinzu, wobei es sicher auch Abwägungsfragen gibt. Aber deprimierend ist einmal mehr das Krisenmanagement der „Amtskirche“. Verstehen sie wirklich nicht, was läuft? Missstände will man über Jahre hinweg



nicht sehen und tut hinterdrein so, als hätte man nichts gewusst. Wenn offenbar wird, dass man es doch gewusst hat, redet man sich darauf hinaus, dass man eigentlich nicht zuständig ist. Eine Herumdrukerei, die immer alles auf Rom abschieben will.

Wozu dann ein Kardinal, ein Metropolit, ein Nuntius? Im nächsten Schritt bestellt man ein bereits involviertes Prüfforgan (wo doch auch die kirchliche Rechtslogik „Befangenheit“ kennt).

Erfreulich am Anlassfall ist der steigende Mut der Basis, der unteren Funktionäre, der Domherren etwa, die erkannt haben, dass die Hierarchen ihnen in Wahrheit nichts tun können. Gerade der Niedergang der Kirche verschafft nicht nur den Gläubigen mehr Macht, sondern auch dem Personal. Schließlich hat man jeden Einzelnen bitter nötig. Dort – vor Ort – ist ohnehin die Stelle, an der Kirche noch glaubhaft verkörpert wird.

Der Autor ist Soziologe an der Universität Graz

Die Autoren sind Studierende der Katholischen Medien Akademie.